

Medienmitteilung

Bern, 29. Oktober 2025

Parolen der Gewerbekammer: **JA** zum Bargeld-Gegenvorschlag, **JA** zur SRG-Initiative «200 Franken sind genug!», **NEIN** zur Individualbesteuerung, **NEIN** zur Service-citoyen-Initiative und zur Klimafonds-Initiative

Die Gewerbekammer des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv hat an ihrer Sitzung vom 29. Oktober 2025 folgende Parolen beschlossen:

- **JA** zum Gegenvorschlag zur Bargeld-Initiative
- **JA** zur SRG-Initiative «200 Franken sind genug!»
- **NEIN** zur Individualbesteuerung
- **NEIN** zur Service-citoyen-Initiative
- **NEIN** zur Klimafonds-Initiative

JA zum Gegenvorschlag zur Bargeld-Initiative

Der Gegenvorschlag sichert die Bargeldversorgung klar und rechtlich verbindlich, ohne das bewährte System zu verändern. Die bestehenden Bestimmungen des Nationalbankgesetzes (NBG) und des Gesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) werden in der Verfassung verankert. «Ein pragmatischer Kompromiss, der Stabilität und Modernität vereint», sagt sgv-Präsident Fabio Regazzi. Der sgv unterstützt den Gegenvorschlag als verlässliche Lösung für Bürger und Unternehmen.

JA zur «SRG-Initiative – 200 Franken sind genug!»

Das Gewerbe wird heute doppelt belastet: Inhaber und Angestellte zahlen sowohl privat als auch über den Betrieb. Firmen können aber weder TV schauen noch Radio hören. Trotzdem werden ihnen dafür jedes Jahr insgesamt 180 Millionen Franken in Rechnung gestellt. Die Initiative entlastet Unternehmen vollständig von dieser ungerechtfertigten Mediensteuer. Die Entlastung der KMU stärkt Investitionen und Arbeitsplätze. Der sgv setzt sich konsequent für die Entlastung der Schweizer Unternehmen ein und empfiehlt daher ein klares JA.

NEIN zur Individualbesteuerung

Die Reform würde viele Familien höher belasten und die Verwaltung mit 1,7 Millionen zusätzlichen Steuererklärungen überfordern. Sie benachteiligt Ehepaare mit einem Alleinverdiener und bringt keine Lösung des Fachkräftemangels. Der sgv warnt vor mehr Bürokratie, höheren Steuern und neuen Abgaben – und empfiehlt ein NEIN für stabile Rahmenbedingungen.

NEIN zur Service-citoyen-Initiative

Die Initiative würde zusätzliche Absenzen und Kosten für Betriebe verursachen, insbesondere für KMU. Sie schwächt die unternehmerische Leistungsfähigkeit und ignoriert die Realität des Arbeitsmarkts. Zudem würde der Staat private Dienstleister bswp. im Pflegebereich noch stärker konkurrenzieren. Die Gewerbekammer lehnt sie daher ab.

NEIN zur Klimafonds-Initiative

Die Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» wird durch die Gewerbekammer abgelehnt. Auf Widerstand stiess insbesondere, dass die Initiative entweder zu Steuererhöhungen oder zu einer Neuverschuldung des Bundes führen würde.

Weitere Auskünfte

Fabio Regazzi, Präsident, Mobile 079 253 12 74

Urs Furrer, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgV über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.